

Die Volkshochschule des demokratischen Sektors Berlins veranstaltet jetzt Oberschullehrgänge, die es jedem Werktätigen ermöglichen, sich nach der Arbeitszeit, in zwei bis drei Jahren die Reife für ein Hochschulstudium zu erwerben. Hier sitzt der Maschinenschlosser neben der Büroangestellten. Studienkollektivs sorgen dafür, daß alle das gesteckte Ziel erreichen.

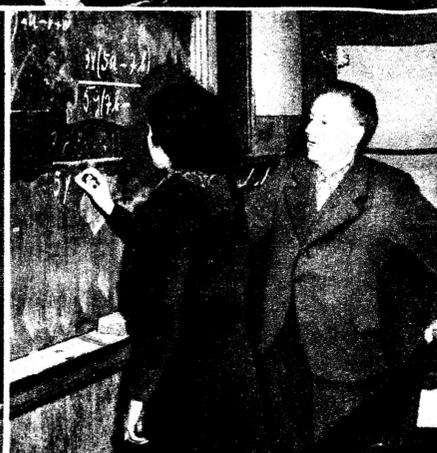
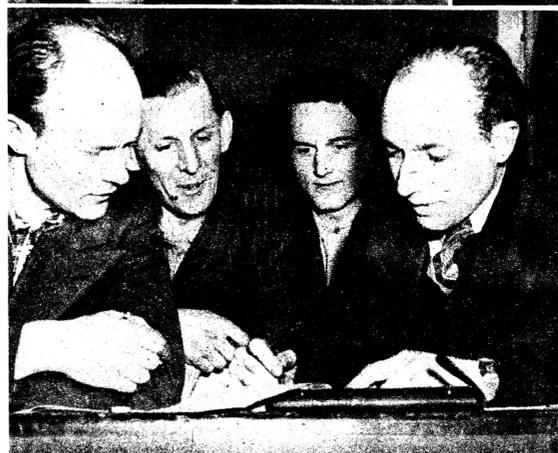


Bild oben: Die gewaltige Aufwärtsentwicklung unserer Wirtschaft im Fünfjahrplan erfordert zahlreichen Nachwuchs an guten Ingenieuren und Technikern. Hier bemüht sich die kommende Intelligenz, in die Geheimnisse der Physik, Chemie und Mathematik einzudringen. (Aufn. Jllus)

Die richtige Popularisierung der Gesetze und die Heranziehung der Bevölkerung zu ihrer Durchführung - eine Aufgabe, um die sich unsere Parteiorganisationen in der Verwaltung kümmern müssen

Die Gesetze unserer Volkskammer unterscheiden sich von allen Gesetzen der Vergangenheit. Sie ermöglichen es, daß alle Bevölkerungskredite an ihrer Verwirklichung mitarbeiten können. Die Bevölkerung mit den Gesetzen unserer Volkskammer vertraut zu machen, ist in erster Linie eine Angelegenheit unserer Verwaltungsorgane. Die Angestellten unserer demokratischen Verwaltung haben die Pflicht, die Gesetze unserer Volkskammer immer wieder der Bevölkerung zu erläutern. Die Betriebsparteiorganisation des Ministeriums für Handel und Versorgung im Land Thüringen faßte daher im Monat Januar den Beschluß, entscheidende Schritte zu unternehmen, um die Gesetze über die Versorgung vor den Werktätigen in den Betrieben zu erläutern. Die Leitung der Betriebsparteiorganisation führte mit den Genossen der BGL eine Besprechung durch und beauftragte sie, als Funktionäre der Gewerkschaft entsprechende Beschlüsse zu fassen. In einer Gewerkschaftsversammlung wurde auf Antrag der Gewerkschaftsleitung beschlossen, in 82 Betrieben Versammlungen durchzuführen.

Bis zum 1. März fanden in 22 Betrieben solche Versammlungen statt, in denen 7370 Werktätige über die Bedeutung der Verordnung vom 22. Dezember 1950 (Aufhebung der Rationierung der Lebensmittel auf Getreidebasis) sowie über die Verordnung vom 15. Februar 1951 (teilweise Aufhebung der Rationierung der Textilien) aufgeklärt wurden. Auf der Grundlage einer gut ausgearbeiteten Disposition waren eine ganze Anzahl von Angestellten, vom Hauptabteilungsleiter bis zur Stenotypistin, als Referenten tätig. So sprach zum Beispiel die Stenotypistin Genossin Zimmermann vor 200 Arbeitern und Arbeiterinnen der Kammgarnspinnerei in Schweina, die Stenotypistin Genossin Kirchner diskutierte in volkseigenen Betrieb ABUS, Nordhausen, mit den Arbeitern. Alle Referenten stimmten darin überein, daß die Werktätigen die Referate mit großem Interesse entgegennahmen und lebhaft über die angeschnittenen Fragen diskutierten. Die Arbeiter begrüßten es, daß die Angestellten der Verwaltung in die Betriebe kommen, denn dadurch werden von vornherein Unklarheiten sofort beseitigt, und es kann verlog-

nen Gerüchten entgegengetreten werden. Die Werktätigen in den Betrieben erkennen durch eine solche Aufklärungsarbeit auch die Richtigkeit der Politik unserer Regierung.

Wenn die Angestellten unserer Verwaltung immer wieder in die Betriebe und auf das Dorf gehen, so ist das nicht zuletzt auch für unsere Verwaltungsangestellten selbst von sehr großer Bedeutung. Durch die Kritik unserer Werktätigen an der Arbeit unserer Verwaltungsorgane werden sie befähigt, Fehler und Schwächen ihrer Arbeit zu erkennen. Durch eine Kritik von unten lernen unsere Angestellten den Bürokratismus überwinden.

Die Betriebsparteiorganisation in der Verwaltung ist dafür verantwortlich, in welchem Maße die Angestellten bewußt und aktiv an der Demokratisierung unseres gesellschaftlichen Lebens mitarbeiten.

Die Genossen im Ministerium für Versorgung in Thüringen haben ein Beispiel gegeben, wie die Partei diese Arbeit beginnen muß.

Arthur Iggesen, Weimar